



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Tagebuch.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# T a g e b u c h.

## I.

### Münchener Zustände.

München ist ohnstreitig eine der interessantesten Städte Deutschlands. Ganz abgesehen von seinen reichen Kunstschatzen, bietet auch das innere Leben viele der näheren Beobachtung werthe Seiten. Das Volksthümliche hat sich hier bei dem Kern der Einwohnerschaft noch ziemlich unverfälscht erhalten — wie vor 50 Jahren.

Nirgends weniger auf der Welt stimmen diese hohen Paläste und Kunsthallen, diese goldglänzenden Standbilder und Säulen und Triumphbogen, die man überall in Baierns Hauptstadt findet, mit dem Charakter des Volkes. Selbst der Eindruck aller dieser reichen Schöpfungen, zu denen ganz Deutschland mit Recht wallfahrtet, ging bisher bei den Einwohnern selbst fast gänzlich verloren. Es wird zu den Seltenheiten gehören, wenn man einen rechten Münchener einmal bei der Betrachtung irgend eines Kunstwerkes finden sollte. Die Hallen seines klassischen Gerstenkastens sind ihm weit lieber als alle Pynakotheken und Glyptotheken und er würdigt die herrlichen Freskomalereien von Rottmann in den Arkaden des Hofgartens keines nähern Blickes, um ja nur recht schnell nach den Belustigungsgärten, wo Genüsse ganz andrer Art seiner warten, zu kommen. Höchstens wird sein Stolz auf seine Vaterstadt befriedigt, wenn er hört, daß diese ihrer Kunstschatze wegen so weit und breit berühmt ist, und alljährlich immer größere Schaaren von Fremden aller Nationen dahin wallfahrten. Dennoch haben diese ungeheuren Bauten den Wohlstand der Stadt selbst in hohem Grade vermehrt, und zahlreichen Bürgern des Handwerkstandes reichen Erwerb zugewiesen, wie auch die 5—600 Künstler, die sich beständig hier aufhalten, viel schönes Geld verbreiten. Wenn daher das übrige Königreich bisweilen über die zu große Kunstliebe seines Monarchen seufzt, so ist man in München selbst vollkommen mit dieser Vorliebe einverstanden. Daß trotzdem den Münchenern der Kunststnn noch sehr wenig in's Fleisch und Blut gedrungen, zeigt besser als alle Worte der geringe Geschmack den sie in allen Dingen an den Tag legen. Nirgends wird im Allgemeinen schlechter von allen Handwerkern gearbeitet, trifft man uncomfortablere

Zimmer und Mobilien, zieht die Männerwelt sich geschmackloser an, ist, Musik abgerechnet, weniger Sinn für künstlerische Genüsse vorhanden, als in dem „*Nar-Athen*.“ Das Theater, besonders das Schauspiel, ist weit schlechter als in vielen unbedeutenden Städten, und wenn irgend ein künstlerisches Stück gegeben wird, kann man sicher sein, daß es geringen Anklang findet, und das Haus meist nur von Fremden besetzt wird. Possenspiele, wo möglich mit derben Joten tüchtig gewürzt, unnatürliche Gliederverrenkungen im Ballet, Kunststücke von Gauklern und Seiltänzern werden immer vollen Beifall finden. Leider ist dies immer mehr oder weniger in ganz Deutschland der Fall, aber so auffallend nirgends als wie in München.

Noch schlimmer steht es im Allgemeinen mit dem geistigen Leben. Man findet hier allerdings viele, sehr viele hochgebildete Männer, Männer die in einzelnen Fächern zu den Glänzendsten gehören, aber sie bilden nur einen sehr kleinen Kreis, und haben unendlich geringen Einfluß auf alles Uebrige. Bei der Mehrzahl der Bewohner, selbst der bessern Stände, ist jedoch das geistige Leben noch ganz unendlich wenig ausgebildet, viel weniger als in allen fränkischen, schwäbischen, rheinbairischen Städten. Es sind gute gesunde Anlagen im Volke vorhanden, der mittlere Stand, wenn er auch vielleicht nicht rasch und lebendig faßt oder besonders witzig oder gar geistreich ist, hat doch einen guten, zwar langsamen aber sicheren Verstand, und eine reiche Ader kräftigen Mutterwites. Aber diese Anlagen sind lange nicht so ausgebildet wie sie es sein sollten, ja sind zum Theil gröblich vernachlässigt. Zwei Umstände tragen hierzu sehr viel bei. Der eine ist der übermäßige Genuß des starken Bieres bei alt und jung. Wahrlich, dieser braune kräftige Saft ist eine treffliche Gottesgabe, und wir wünschen von ganzem Herzen die unteren Stände in ganz Deutschland könnten sich desselben erfreuen, und der abscheuliche Fusel, der im deutschen Norden eine so gräßliche Rolle spielt, würde dadurch verdrängt. Aber in München findet dieser Genuß in viel zu bedeutender Weise statt. Abgesehen von den enormen Biertrinkern, die täglich 12—16, ja selbst 20 Maasß Bier consumiren, kann man auf den erwachsenen Mann der Bevölkerung dort täglich 2 Maasß, auf die Schuljugend aber 1 Maasß starkes Lagerbier rechnen. Dies ist, wenn auch vielleicht nicht für den Körper, so doch gewiß für die geistige Thätigkeit ein wahres Gift. Ein zweiter Grund des Mangels an geistiger Ausbildung, liegt in dem schlechten Schulunterricht. Statt die Verstandesthätigkeit zu erwecken, indem man die Kinder so früh als möglich an das eigene Nachdenken gewöhnt, unterdrückt man dieselbe recht absichtlich durch bloßes mechanisches Auswendiglernen, was nur das Gedächtniß, sonst aber weiter nichts übt. Dies geht, einzelne Ausnahmen natürlich abgerechnet, durch alle Stände. Der junge Edelmann aber lernt mechanisch griechische und lateinische oder französische und englische Vokabeln und einige nothdürftige geschichtliche und geographische Zahlen und Namen. Der Knabe der Armenschule sein Einmaleins und sein Vaterunser; das ist fast der ganze Unterschied zwischen ihrer geistigen Erziehung. Und auch mit dem Mittelstand, mit dem es sonst immer am Besten bestellt zu sein pflegt, steht es nicht viel anders aus. Geistliche Lehrer, in deren Interesse eine höhere geistige Ausbildung der Jugend, die sie zum eigenen Denken befähigt, nicht liegt, bilden die Mehrzahl an

allen höheren Gelehrten Schulen. Unter dem Ministerium Abel wurde solche geistige Unterdrückung planmäßig und mit Anwendung aller nur möglichen Mittel getrieben und derselbe fand dabei in München und überhaupt in Ober- und Niederbayern den wenigsten, in Franken, Schwaben und Rheinbayern aber den stärksten Widerstand.

Man besuche nur die verschiedenen Klubs und öffentlichen Orte von den, aus der vornehmen Aristokratie bei Sadold und Tombost gebildeten, bis auf die Bierstuben bei dem Hofbrau und dem Pöschorr wo die eigentlichen Bürger zusammen kommen, und weiter noch zu den Hallen, wo die Arbeiter ihr Mittagsmahl, in Bier und Brot bestehend, einnehmen, und man wird über die Art und die Gegenstände der Gespräche erstaunen. Man gehe ferner in die Collegien und man wird sich wundern wie weit die geistige Ausbildung der meisten Studenten aus Altbayern noch zurück ist, wie tief die Professoren herabsteigen müssen, um auf sie wirken zu können. Auf keiner deutschen Hochschule wird ein Gleiches vorkommen. Wenn manche mit Recht ausgezeichnete Lehrer der Münchener Universität nur so aufrichtig in dieser Beziehung sein könnten als sie wohl möchten, würden sie selbst zugeben müssen, daß diese unsere Behauptung richtig sei. Manche Collegien, besonders solche, welche von den Theologen, die größtentheils aus Oberbayern zu Hause sind, besucht werden, gleichen in der ganzen Art und Weise ihrer Haltung mehr Schulstuben für fünfzehnjährige Knaben, als Auditorien für gereifte Studenten. Ferner besuche man fleißig die Buchläden und erkundige sich, welche Bücher außer denen der verschiedenen Sachwissenschaften, viele in der Stadt lebende Gelehrten an das größere gebildete Publikum setzen und man wird sowohl über die geringe Zahl als über die Wahl der Bücher wunderbare Aufschlüsse erhalten. Wir sind überzeugt, daß Städte, wie Stuttgart, Frankfurt, Leipzig, mit ihren 50—60,000 Einwohnern, viel mehr Bücher gebrauchen als München mit seinen 100,000 Einwohnern. Wie gering ist doch die Zahl Jener, welche die Schätze der königlichen Bibliothek benutzen, und wie wenig Leihbibliotheken zählt die Stadt; es gibt nur zwei daselbst, die einigermaßen von Bedeutung sind und eine erträgliche Auswahl besitzen. Wie unbedeutend, theilweise sogar erbärmlich, ist ferner die eigentliche Localpresse! Wie viel anders stehen denn doch die untersten württembergischen, badenschen, sächsischen Blätter dieser Art in ihrer ganzen Haltung da, als z. B. der „Landbote“ und „Landbötin“ und „Volksfreund“ und wie das Zeug noch weiter heißt, die ihre Spalten größtentheils nur mit möglichst gemeinen Klatschgeschichten, schmutzigen Zoten oder trivialen Anekdoten füllen. Es ist wahr, so lange das Ministerium Abel mit seinem Despotismus jede freiere Bewegung der bairischen Presse unterdrückte, konnte diese nie werden was sie billiger Weise sein sollte. Daß sie aber so bodenlos schlecht wurde wie die zu München, liegt in dem geistigen Indifferentismus der Mehrzahl der Bewohner. Alle anderen bairischen Städte, namentlich die Frankens mit einzelnen wenigen Ausnahmen, und ganz Rheinbayerns, haben, trotz aller Abel'schen Unterdrückung, sich ihre Localblätter denn doch auf einer ganz anderen Stufe erhalten, als die der Hauptstadt des Landes. Ein despotisches Ministerium kann wohl eine gute Presse unterdrücken, nie aber eine schlechte hervorrufen, wenn der Indifferentismus des Volkes nicht

selbst dabei am Meisten hilft. Der Zustand der Localpresse ist allenthalben ein Thermometer für den geistigen Bildungsstand einer Stadt, und wir rathen jedem Reisenden, der in eine ihm fremde Stadt kömmt und sich orientiren will, die Mühe nicht zu scheuen, vierzehn Tage alle Localblätter, welche von der eigentlichen Masse der Bevölkerung am Meisten gelesen werden, sorgfältig zu studiren. Bei einiger Umsicht in der Benutzung mancher anderen Beobachtungen, hat er dadurch schon ein ziemlich festes und nicht leicht täuschendes Fundament für seine ferneren derartigen Studien gewonnen.

Auch wenn der Landtag in München versammelt ist, hat man so recht Gelegenheit sich zu überzeugen, wie unendlich geringen Antheil der eigentliche Münchener Bürger an den Verhandlungen desselben nimmt, mögen sich diese auch mit den wichtigsten Fragen über Kirche und Staat beschäftigen. Nur als die Kamern sich mit der Frage über die Regulirung des Biertarifes beschäftigten, gewahrte man einen lebhaften Antheil, und die Gallerien des Ständesaales wurden zu dieser Zeit sehr eifrig besucht.

Dies sind große Schattenseiten, aber wir glauben nicht, daß sie zu dunkel gehalten oder gar fälschlich angebracht sind. Jeder der sich längere Zeit in München aufgehalten, sich um den Volkscharakter bekümmert hat und dabei unbefangen ist, wird uns Recht geben müssen. Und dennoch bleibt München eine viel interessantere Stadt, als manche andere, deren Durchschnittsbildung eine höhere ist. Es ist so viel Ursprüngliches, Charakteristisches im Volke! Der Münchner gibt sich noch ganz so wie er ist, und verschmäht jede Verstellung. Er heuchelt nicht, er coquettirt nicht mit geistigen Interessen, er lügt sich keine Bildung an, wenn er solche nicht wirklich besitzt, er ist kein Phrasenmacher, er hat nichts von jener krankhaften Schöngesterei und Prahlhanserei so vieler Berliner, die um nicht ein Haar gebildeter sind als der schlechte Münchener Bürger, und sich doch in lügenhafter Geschraubtheit blähen. Der gewöhnliche Münchner ist gegen Fremde grade nicht besonders höflich und fein, aber bieder, arglos und zuhunlich. Man kann in München mit dem ersten Besten an irgend einem öffentlichen Ort ein Gespräch welches man wolle, anknüpfen und wird fast immer offene freimüthige Antworten erhalten, während z. B. der Schwabe mit argwöhnischem Mißtrauen, der Sachse mit breiter Redseligkeit entgegen würde. Man trifft viel Rauheit, die selbst oft in Rohheit übergeht, aber auch Gutmüthigkeit und Zuverlässigkeit. Diese trefflichen Eigenschaften lassen manches Andere gerne übersehen. Auch von den Frauen gilt dies Urtheil. Die Münchnerinnen sind selten gewandt in der Conversation, witzig, oder gar geistreich und daher im Allgemeinen nichts weniger als pikant, dagegen natürlich, unbefangen, ohne Ziererei, heitern Gemüthes; ein fröhlicher Tanz ist ihnen mehr als ein ästhetisches Gespräch, ein tüchtiges Abendessen, bei dem das Bier keineswegs zimperlich verschmäht wird, steht ihnen viel höher als Thee und Butterbremen; dies gilt nicht allein bei den eigentlichen Bürgern, sondern auch, vielleicht etwas weniger schroff, bei dem Adel und den höchsten Beamten. Nirgends in ganz Deutschland unterscheidet sich der Adel durch sein äußeres Auftreten weniger von den übrigen Ständen. Man muß nur so eben von einer norddeutschen Residenz, etwa Dresden, Berlin, Hannover, dahin kommen, um den Unterschied zu empfinden. Wenn man so recht erkennen will wie wenig der Adel in

unserer Zeit noch zu bedeuten hat, muß man nur nach München gehen und den dort wohnenden Adel beobachten. Weder Wohlhabenheit noch geistige Bildung, äußeres Auftreten, zeichnet ihn (mit wenigen Ausnahmen) im Mindesten aus. Es ist gewiß, auch in Norddeutschland hat der Adel im Allgemeinen wenig zu bedeuten, aber äußere Formen, eine gewisse Tournüre im Umgange hat er sich doch noch bewahrt; bei dem hiesigen Adel findet man dies viel seltener. Aber lobend ist es anzuerkennen, daß der Adel in München, wenigstens in der Mehrzahl seiner männlichen Mitglieder, jenen lächerlichen Kastengeist nicht kennt, wie es an so vielen anderen Orten der Fall ist.

Davon weiß man überhaupt in München wenig, und man findet an allen öffentlichen Orten alle Stände, vornehm und gering, in bunter Mischung vereinigt, den Staatsrath oft neben dem Schuster, den Lieutenant neben dem Barbier. In Dresden, Berlin, ja in ganz Norddeutschland muß der Fremde sich erst ängstlich erkundigen, ob der oder jener öffentliche Ort auch anständig sei, bevor man ihn besuchen kann, in München hat man dies nicht nöthig, sondern kann ohne Scheu in die Bierschenken eintreten. Diese Ungezwungenheit im öffentlichen Leben, verbunden mit den mancherlei Hülfsmitteln, welche die große Stadt sonst noch bietet, macht das Leben in München so angenehm, daß Jeder, der nur einige Zeit dort verweilt hat, sich stets wieder dahin sehnen wird. Gibt es doch auch der kleineren Kreise genug, in denen man Kenntnisse, Geist und vor Allem fröhlichen, unbefangenen Humor in reichem Maße findet. Und darum nennen wir München eine der interessantesten Städte Deutschlands, denn es ist eine der eigenthümlichsten, und in unserer nivellirenden Zeit halten wir jede Eigenthümlichkeit für interessant.

J. v. W.

## II.

### Aus Paris.

Ende Juni.

Die Medicin, das System der Concours. — Die Academie und die Facultäten. — Privilegien innerhalb der Gelehrsamkeit. — Die Moralität der Bourgeoisie.

Die Bairerkammer hat in den letzten acht Tagen die Hauptrolle in unserm politischen Treiben gespielt. Das Gesetz über die medicinischen Angelegenheiten und der Prozeß des Herrn v. Girardin haben die vorherrschende Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Was den Gesetzworschlag über eine neue Medicinalordnung und Medicinallehrpolizei anbelangt, so hat derselbe eine größere, allgemeinere Bedeutung dadurch erlangt, daß das System der Concours für die Professorenstellen, das bis jetzt in Frankreich befolgt wurde, eine erste Niederlage erlitten hat. Die Concours, d. h. Erklämpfung der Lehrstellen durch öffentliche Examen und öffentliche Probearbeiten und Probevorlesungen ist theilweise in Frankreich sehr alt, theilweise eine Errungenschaft der Ansichten von Gleichheit und Oeffentlichkeit, wie sie in der Revolution die Ueberhand erlangten. Alt ist dies System für die Rechtsfacultät, ja es hat höchst wahrscheinlich bei dieser von

Anfang an geherrscht, und die Kanzler Frankreichs haben es oft mit der größten Tapferkeit gegen die Eingriffe des Hofes und der Minister, als nach und nach alle schützenden Institutionen zusammenbrachen, vertheidigt. In den Medicin-schulen war das System weniger durchgedrungen, wie diese Schulen überhaupt selbst sich weniger kräftig und geschlossen zu organisiren gewußt hatten. Dennoch aber fanden in ihnen Concours schon vor der Revolution statt. In den theologischen Schulen herrscht natürlich Macht von Oben herab; die sogenannten Facultäten der sciences et belles lettres sind überhaupt erst in neuerer Zeit nach und nach selbstständig als Facultäten hervorgetreten, und fielen sie so mit ihrer Herstellung in Zeiten, in denen Concours gegen das herrschende System der Regierung, gegen den Gedanken: *l'état c'est moi!* anstieß. Bei ihnen galt ebenfalls nur Ernennung durch die Regierung.

Diese geschichtlichen Erinnerungen haben sich in gewisser Beziehung bis in die neueste Zeit hinübereverpflanzt. Die alten Facultäten, Rechtswissenschaft-Medicin, halten ziemlich fest an dem System der Concours, die neuen Facultäten sciences et lettres sind im Wesentlichen denselben weniger hold. An der Spitze dieser beiden letzteren steht überdies die Academie; dieselbe ist in gewisser Beziehung das höchste Obergericht, die oberste Behörde und Autorität der Wissenschaften, die sie in sich vereinigt. Zu dieser Academie selbst gelangt man aber ohne Concours dadurch, daß man sich in einer Specialität auszeichnet und überdies die Herren Academiker zu gewinnen weiß. Die medicinische Wissenschaft hat ebenfalls eine Academie, und schließt sich in dieser Beziehung den beiden andern Facultäten an.

Bedenkt man diese Verhältnisse, so erklärt es sich halbwegs, wie es kommt, daß die Facultäten, die ihren Mittelpunkt in dieser Academie finden, so wie die Academien selbst, dem Concours weniger hold sind, daß sie im Gegentheile die oberste Leitung ihrer Wissenschaften lieber in die Hände der Academien spielen möchten, als sie der freieren Institution einer öffentlichen Bewerbung zu überlassen. Berücksichtigt man dann weiter, daß gerade les lettres et les sciences fast ausschließlich das Vorrecht haben, politische Capacitäten zu erziehen, daß alle Gelehrten der beiden Kammern — Arago, Tocqueville, Beaumont, Blanqui, Passy, Cousin, Salvandy, Flourens, B. Hugo. — diesen angehören, während kein einziger Professor der Rechtswissenschaft oder der Medicin in denselben sitzt — so versteht sich ganz von selbst, daß die Freunde der Concours in der Regierung und den Kammern nicht gerade die Stärksten sind. Die Frage der Concours ist ein Kampf zwischen den „gelehrten“ und den „nicht gelehrten“, den ernsten und den brillanten Wissenschaften. Die letztern haben den Sieg davongetragen. Die Angelegenheit hat noch viele andere Seiten — die eines Kampfes der Academie gegen die Facultäten, die der Oeffentlichkeit und Gleichheit gegen Intriguen und Nepotismus, die der Gelehrsamkeit gegen die ministerielle Laune — doch ist der angedeutete Widerspruch zwischen den herkömmlichen Ansichten der verschiedenen Zweige der Wissenschaften in Frankreich wohl die hervorsteckendste von allen und ziemlich sicher die, die den Ausschlag gegeben hat. Hätte neben Herrn Cousin, Flourens, Salvandy ein Professor der Medicin, wie etwa Lallemand aus Montpellier und ein Professor des Rechts, wie etwa Aubry aus

Strassburg gestanden, so würde ziemlich sicher die Pairskammer eines Bessern belehrt worden sein und vielleicht auch anders entschieden haben. —

Der Prozeß Herrn v. Girardin's hat die Aufmerksamkeit noch weit mehr auf die gestrige Sitzung der Pairskammer gelenkt. Heute aber steht alle Welt ganz verblüfft da und weiß gar nicht recht, was von der Freisprechung des tapfern Redacteurs der „Presse“ denken. Ich gestehe gerne, daß ich selbst zu denen gehöre, denen die Sache ein Räthsel ist. Herr v. Girardin erklärt, er wisse, daß man die Pairswürde für 80,000 Fr. versprochen habe. Dafür beschließt die edle Kammer ihn anzuklagen, und fordert sich den Verbrecher von der Deputirtenkammer heraus. Diese sträubt sich theilweise, gibt aber zuletzt den Beleidiger her: und dann kommt dieser Frevler vor die Pairskammer, erklärt, daß er dieselbe nicht habe beleidigen wollen; aber daß die Thatsache, die er enthüllt, für ihn außer allem Zweifel sei, und daß er sie nicht beweise, weil er dazu keine Lust habe, da er Personen zu nennen nicht für seiner Ehre angemessen halte. Und nun stimmt die hohe Kammer ab und spricht den Angeklagten frei. Dieser behauptet vor wie nach, daß man die Pairswürde für 80,000 Franken feilgeboten habe. Die Herren Pairs haben sicher ein Recht, diese Anklage nicht auf sich beruhen zu lassen. Entweder hat Herr v. Girardin den Beweis dessen, was er sagt, und dann scheint mir, daß die Herren Pairs ein Interesse haben zu wissen, wer ihre Würde feilbietet. Oder er hat den Beweis nicht, und dann hat Herr v. Girardin, um seinen Feinden zu schaden, seinen Freunden in's Gesicht geschlagen. Man behauptet heute vielfach, daß die beiden Minister sich mit Herrn v. Girardin abgesunden und daß der Friede zwischen diesen bitteren Feinden wieder hergestellt sei. Aber selbst dann löst sich das Räthsel nicht ganz. Herr v. Girardin bleibt fest bei seinen Behauptungen; schließt die Regierung in dieser Stellung Frieden mit ihm, so wäre dieser Friede selbst einer der glänzendsten Siege, die Herr v. Girardin je davongetragen hätte; so wäre dieser Friedensschluß selbst einer der klarsten Belege zu allen den Beschuldigungen, die die „Presse“ gegen die beiden Minister je vorgebracht hätte. Zur Ehre der letztern wollen wir hoffen, daß die Wendung der Dinge auf einem jener Spiele des Zufalls beruht, die sehr oft dort herrschen, wo keine feste Hand die Ereignisse lenkt. Diese feste Hand scheint gegenwärtig nicht mehr das Steueruder der französischen Zustände zu führen. Und daher entstehen alle Tage Inzidentstreitfragen, die gestern noch Niemand ahndete und die morgen gerade wieder so untergehen und verschwinden, wie sie aufgetaucht waren. Die Sache ist langweilig im höchsten Grade, sie spannt, ohne zu befriedigen, sie treibt an, ohne zu einem Ziele zu führen. Es gehören gesunde Nerven dazu, um nicht müde zu werden. — Doch — beim Himmel — ich sehe nicht ein, wozu ich Ihre Leser noch länger über diesen Unsinn und diese Treitmühlenpolitik langweilen soll.

J. — n.

## III.

## Aus Berlin.

## 1.

Die Pressefrage auf dem preussischer Landtage. — Auerwald, Hansemann und Thadden.  
— Sorgen und Hoffnungen.

Es ist höchst beklagenswerth, daß die Masse von Material, die den Preussischen Landtag gegen den Schluß seiner Sitzungen überhäufte, aus Mangel an Zeit so sehr in Bausch und Bogen abgehandelt ist. Darüber haben einige der wichtigsten Fragen zu einem Resultat geführt, das wir im Interesse des Fortschritts nur bedauern können. Ich meine hier namentlich die Verhandlungen über die Presse. Es ist allgemein ausgesprochen, daß auf dem Bundestage ein Pressegesetz vorbereitet wird, das formell zwar die Censur aufhebt, in der That aber einen Zustand herbeiführt, gegen welchen jeder Schriftsteller die Censur selbst ein Paradies zu nennen berechtigt wäre; es ist eben so ausgesprochen, daß gerade von Preußen der Vorschlag zu demselben ausgeht. Dieser angebliche Entwurf ist sogar veröffentlicht worden. Es mußte nun wohl jeden in Erstaunen setzen, daß der Landtag den Beschluß faßte: den König um Aufhebung der Censur und um Erlass eines Pressestrafgesetzes zu bitten, und ihn zu veranlassen, den Entwurf dazu dem Vereinigten Landtage vorzulegen, der nach den Erklärungen des Königs erst nach vier Jahren stattfinden soll. Der Landtag hat die Erklärung hinzugefügt, daß diese Bitte aus sehr verschiedenen Gründen hervorgegangen sei, d. h. wie der König aus den stenographischen Berichten sich informieren kann, daß die Einen eine Verschärfung der Maßregel gegen die Presse, die Andern aber eine Milderung derselben für wünschenswerth halten. Der Urheber dieses geistreichen Vorschlags ist wieder Herr v. Auerwald, von dem auch jene berühmte Adresse ausging, in welcher Schwarz und Weiß zugleich als der Ausdruck der öffentlichen Meinung angegeben wurde. Natürlich wird die Regierung, da sie zwei sich widersprechende Dinge nicht zugleich thun kann, diejenige Meinung vorziehen, die ihr genehm ist. Ist es nun ferner nicht ein mindestens leichtsinniges Ignoriren der Thatsachen, wenn man auf jene Angabe, daß ein formell den Anforderungen der Versammlung entsprechendes Pressegesetz vorbereitet würde, das aber seinem Inhalte nach alle Bewegung der Presse aufheben müsse, gar keine Rücksicht nimmt? Um so mehr muß man das Verdienst des Einzelnen anerkennen, der sich von der Idee einer allgemeinen Uebereinstimmung der entgegengesetztesten Ansichten wenigstens nicht so weit hinreißen ließ, den Ausdruck seiner eigenen Ueberzeugung zurückzuhalten. Herr Hansemann hat auch in dieser Sache wieder den Ruhm erlangt, sich als der Gesinnungsvollste und Ehrlichste der Versammlung gezeigt zu haben. Im Uebrigen aber kommt mir der Landtag in dieser Frage wie der Vogel Strauß vor, der der Gefahr dadurch zu entgehen glaubt, daß er das Auge abwendet. Wenn Herr v. Thadden erklärt: „gebt den Literaten Freiheit zu sagen was sie wollen, aber richtet den Galgen für sie auf;“ so kann man freilich sagen, daß Herr v. Thadden vorläufig noch nicht Minister ist, daß es also mit dem Hängen noch Zeit hat; aber jene Ansicht, so schroff und paradox sie auch von diesem berühmten Belustiger der Versammlung

hingestellt ist, enthält im Wesentlichen wohl etwas Aehnliches, wie das, was die herrschende Partei beabsichtigt.

Wir können übrigens von dem Landtage ungefähr mit denselben Worten Abschied nehmen, mit welchem ihn der Königl. Commissarius entlassen hat: die mannigfaltigsten Gefühle kreuzen sich, nur Eins möchte wohl vorwalten, daß der erste preussische Landtag nicht alle die gedeihlichen Früchte getragen hat, die man zum Theil von ihm erwartete. Zweierlei ist allerdings erreicht: einmal, und das ist die Hauptsache, ist das Bewußtsein des Volks rege geworden und an eine vernünftige Discussion politischer Fragen gewöhnt, sodann ist durch die königlichen Erklärungen über die Domainen und die Bedeutung des Ausschusses und der Finanzdeputation der alte Rechtszustand anerkannt, den das Patent vom 3. Februar in Frage zu stellen schien. Als negative Resultate möchte ich bezeichnen, einmal, daß die Herrencurie gezeigt hat, sie lasse sich von der öffentlichen Meinung keineswegs bestimmen, sie setze ihre kleine Minorität — von 19 Stimmen — ungescheut dem durch seine Vertreter ausgesprochenen Willen des Volkes entgegen: eine Erfahrung, die, wenn sie fortgesetzt wird, nur eine höchst bedenkliche Erbitterung erregen kann. Sodann: das Gouvernement hat nicht das Vertrauen der Volksvertreter, es ist mit all' seinen Propositionen zurückgewiesen und in allen Petitionen hat die Versammlung dasjenige für rechtlich begründet, oder wenigstens für praktisch nothwendig anerkannt, was der stricte Gegensatz zu den Intentionen der Regierung zu sein scheint. Was daraus werden soll, läßt sich noch nicht recht absehen. Wir wollen das Beste hoffen, wir wollen hoffen, daß die Regierung noch nachträglich, aufrichtig und rückhaltlos den Ansprüchen der Stände nachgeben, daß sie auf diese Weise eine Majorität gewinnen und durch sie dasjenige durchsetzen wird, was sie dem Lande für ersprießlich hält. Aber ich muß gestehen, daß diese Hoffnung vorläufig noch auf schwachen Füßen steht. —

Neufßln.

2.

Die verlausulirte Wahl der Ausschüsse. — Das Recht der politischen Inconsequenz. — Gibt es eine radicale Fraction?

Sie werden die letzten Vorgänge am vereinigten Landtage aus den preuß. Zeitungen entnehmen können; wir wollen uns daher nicht auf einen detaillirten Bericht darüber einlassen, sondern nur kurz eine Frage erörtern, welche sowohl die Abgeordneten selbst, als die öffentliche Meinung aufs Heufeste aufgeregt hat, wir meinen die Wahlen der Ausschüsse. In unserm letzten Berichte noch haben wir uns entschieden gegen diese Wahlen ausgesprochen, wenn nicht das Gouvernement einwilligte, den Ausschüssen eine nur vorbereitende, den vereinigten Landtag in keiner Weise ersetzende Wirksamkeit beizulegen. In Betracht jedoch der obwaltenden, zum Theil unvermuthet eingetretenen Umstände, stehen wir nicht an diese Ansicht theilweise wenigstens zu modificiren und uns der Hauptsache nach für die Abgeordneten auszusprechen, welche mit Hinzufügung einer Clausel gewählt haben. Aus den letzten Botschaften der Krone an die Stände geht unstreitig die Neigung der Regierung hervor, einzulenken. Verschiedene von dem Landtage erbetene Erklärungen sind in befriedigender Weise erfolgt; zwar verlangt die Krone die

Wahl der Ausschüsse, jedoch mit hauptsächlichlicher Hervorhebung des Umstandes, daß sie dieselben zur Begutachtung des den Provinziallandtagen schon vorgelegten Criminalgesetzentwurfes, auf dessen Berathung vor seiner Erhebung zum Gesetz der vereinigt Landtag also kein Recht mehr hat, nächstens einzuberufen gedenke. Die Botschaft verspricht die Anträge der Stände auf Periodizität des vereinigten Landtags und Beschränkung der Wirksamkeit der Ausschüsse in ernste Erwägung zu ziehn, fordert allerdings von den Ständen, daß das Patent vom 3. Februar vorher seinen Bestimmungen gemäß vollzogen werde. Diesem Verlangen haben die Stände (die liberalen Abgeordneten wenigstens) durch die Wahl nicht ganz entsprochen, denn sie haben nicht Ausschüsse gewählt, wie das Patent sie einsetzt, sondern nur solche mit vorbereitenden Befugnissen. Sie haben aber andererseits der Krone die Hand zur Verständigung geboten und keinen unmittelbaren, grellen Bruch herbeigeführt. Die Gründe zur Rechtfertigung dieses Verfahrens sind erstens, die Wichtigkeit, ein nochmaliges Gutachten über den Criminalgesetzentwurf nicht von Ausschüssen vollziehen zu lassen, im Falle, daß dieselben in den Händen der retrograden Partei sich befänden, ferner die Rücksicht darauf, daß, wenn die Mehrheit der Ausschüsse der Opposition angehört, diese beharrlich und mit Erfolg jede Uebernahme einer Function des Landtags verweigern kann und wird, während im andern Falle die jedenfalls durch Minoritätswahlen zu Stande gekommenen Ausschüsse sich bereitwillig zu jener Uebernahme hergegeben hätten, endlich die theils in der Botschaft hervortretende, theils auf nicht offiziellem Wege den Ständen bekannt gewordene Absicht des Gouvernements, eine Verständigung herbeizuführen, wenn nur die äußere Form einigermaßen gerettet würde. Die Hinzufügung der Clausel war nothwendig, erstens, um sich gegen jede spätere Mißdeutung, die doch wenigstens als eine mögliche Eventualität vorhergesehen werden mußte, sicher zu stellen, ferner um dem frühern Benehmen nicht in zu crasser Weise zu widersprechen. Die Abfassung dieser Clausel wünschten wir übrigens in einem Punkte geändert; statt nämlich, wie es wenigstens von Seiten der Abgeordneten der Provinz Preußen geschehen ist, vorzugeben, man verstehe die Botschaft nur in dem Sinne, „daß die Ausschüsse zur Berathung des Criminalgesetzentwurfes und zu vorbereitenden Gutachten gewählt werden sollten, und in so fern wähle man sie,“ einfach ohne jenes vorgegebenen Verständniß zu erklären, „man wähle sie nur dazu.“ Zwar ist dieser Unterschied von keiner praktischen Bedeutung, aber die letzte Fassung scheint uns würdiger. Eine Anzahl Abgeordneter der liberalen Seite verweigerte die Wahl ganz, worunter der ganze Stand der rheinischen Landgemeinden mit Ausnahme dreier Deputirten, der also, da die rheinischen Landgemeinden vier Wahlen zu vollziehen haben, und da jene außerdem unter den die Wahl Verweigernden wählten, gar nicht im Ausschusse vertreten ist. Wir achten den Muth und die Gewissenhaftigkeit derer, welche sich der Wahl enthielten, müssen aber nichts desto weniger beklagen, daß sie bei einer so wichtigen Frage die Kräfte der Opposition durch Spaltung zerstückelten, und dadurch den Erfolg gefährdeten. Es ist von der höchsten Nothwendigkeit, daß die Mehrheit der Ausschüsse oppositionell sei, und deshalb der Ausfall der vier bäuerlichen Deputirten des Rheinlandes sehr zu beklagen. Haben diejenigen, welche nicht wählten, den Ruhm einer starren Consequenz für sich, so erinnern wir daran,

daß anscheinende oder auch wirkliche Inconsequenzen auf dem politischen Felde zu weilen nöthig sind, um höhere Zwecke nicht zu gefährden. So lange er sich mit Ehren vermeiden läßt, ist ein völliger Bruch der Stände mit der Regierung keineswegs ein Act politischer Klugheit und Voraussicht; ist man denn so gewiß auf diesem Wege, eher zu reuſſiren, als auf dem allerdings oft beschwerlicheren und weniger einladenden, den die liberalen Abgeordneten, welche die Wahl vollzogen, eingeschlagen haben? Die Hauptsache ist, daß man sich die Waffe nicht aus den Händen winden läßt, und kein Zugeständniß macht, das die Rechte des Landes gefährdet. Dies ist nicht geschehen und, wir wagen es zu behaupten, wird auch nicht geschehen.

Aus der Schlußrede des Landtagscommissarius scheint hervorzugehen, daß die Regierung rigorose Maßregeln, etwa wie im vorigen Herbst gegen die Raumburger Stadtverordneten, gegen diejenigen Abgeordneten beabsichtigt, die die Wahl verweigerten. Es ist zu hoffen, daß dieser in der Uebereilung der ersten 24 Stunden gefaßte Entschluß wieder aufgegeben wird.

Außer den rheinischen Landgemeinden haben unter andern die Herren Mevissen, Hansemann, v. der Seydt, v. Vincke, v. Bockum-Dolffs, Milde, Tschokke, Siebig die Wahl verweigert. Man sieht wohl schon aus dieser Zusammenstellung, daß die Nichtwählenden keineswegs sämmtlich als einer politisch-radicalen Fraction angehörig zu betrachten sind, sondern obwohl in dieser Frage einig, in allgemeinen politischen Prinzipien sehr von einander abweichen, wie z. B. die Hrn. Mevissen und v. Vincke im Uebrigen keineswegs miteinander harmoniren. Wir hoffen daher, daß man die schon an sich beklagenswerthe Spaltung in der Opposition nicht dadurch zu einer dauernden zu machen suchen wird, daß man eine radicale und liberale Fraction einander gegenüberstellt, eine Trennung, die für die jetzigen Verhältnisse viel zu früh käme und deshalb völlig unpassend sein würde. Derartige falschverstandene Bestrebungen könnten nur zum Vortheile der Gegenpartei ausschlagen.

D.

## 3.

Ein Diner. — Graf von Schwerin. — Die Popularität eines Aristokraten. — Die Finanzdeputation.

Als Nachtrag zu meinem vorgestrigen Berichte gebe ich Ihnen noch einige Mittheilungen über die Ereignisse der letzten Landtagswoche. Am 24. fand ein großes königliches Diner in Potsdam statt, bei dem diesmal eine weniger strenge Auswahl der Gäste vorherrschte. Außer den Mitgliedern der Herrencurie und den zahlreich eingeladenen Abgeordneten der Regierungspartei, waren auch die Herren von Beckerath, Graf v. Schwerin, Camphausen, v. Sacken zugegen, dagegen kein einziger Unterzeichner der „Declaration der Rechte.“ Man schließt hieraus natürlich, daß von allen Demonstrationen der Opposition die Declaration diejenige sei, welche höchsten Ortes am Uebelsten vermerkt worden ist. Die letzten Vorgänge, die Berathungen der zweiten Curie über die aus der Herrencurie zurückgeschickten ständischen Petitionen, so wie die schon weitläufig von uns besprochenen Ausschussswahlen haben Mißstimmungen unter den liberalen Abgeordneten hervorgerufen,

von denen wir hoffen, daß sie vorübergehend sein werden. Befremdend ist vielen das Benehmen des Grafen v. Schwerin erschienen, der sich dafür erklärte, im Kriegsfall der Regierung die Contrahirung von Staatsschulden ohne ständische Zustimmung zuzugestehen. Das noch frische Andenken an die energischen Erklärungen des Abgeordneten der pommerschen Ritterschaft bei Gelegenheit der Landrentenbank- und Ostbahn-Debatte, „keine Macht der Erde solle ihn je vermögen einzuwilligen, daß ohne ständische Garantie Anlehen irgend welcher Art gemacht werden dürften,“ erklärt allerdings das ziemlich allgemeine Erstaunen über dies unerwartete Zugeständniß zur Genüge, das dem großen Rigorismus einiger Puritaner zu harten, und wie wir glauben, unverdienten Vorwürfen Veranlassung gegeben hat. Wir zweifeln keineswegs an der Charakterfestigkeit und politischen Zuverlässigkeit des edlen Grafen, dagegen scheint es, als ob die gewohnte Schärfe seines Urtheils sich in dieser Frage nicht bewährt hat. Wir kommen noch einmal und mit Nachdruck darauf zurück, daß man nicht versuchen möge aus denen, welche die Ausschusswahlen verweigerten, eine radicale Fraction zu construiren, da die Angelegenheit keineswegs ein politisches Prinzip in sich schloß, sondern es sich rein darum handelte, in einem einzelnen Falle das zweckmäßigste Benehmen einzuschlagen. Wir achten die Motive derer, welche die Wahl verweigerten, obwohl wir die dadurch hervorgerufene Spaltung tief beklagen, beanspruchen aber auch entschieden die gleiche Achtung für die große Mehrzahl der Liberalen, die unter einem Vorbehalt wählten. Wir glauben, daß die erste und aufgeklärteste Freisinnigkeit eines Camphausen, v. Beckerath, v. Auerswald vollkommen die gleiche Anerkennung verdient, wie die energische Beharrlichkeit der Herren v. Vincke, Hansemann und Mevissen in der einmal ausgesprochenen Ansicht.

Herr v. Vincke ist übrigens, wie kaum ein anderer der Deputirten, der Liebling des hiesigen Publikums. Sein Name ist in Aller Munde, für die unwiderstehliche Gewalt seiner Rede, seinen schlagenden Witz, seine glänzende Dialektik ist nur ein Ausdruck allgemeiner Bewunderung. Das öffentliche Interesse nährt sich von zahlreichen Anekdoten, die über den gefeierten Liebling des Volkes herumgetragen werden, von denen die Mehrzahl jedoch zu den gut erfundenen gehören dürfte. Die Popularität strömt auf diese Weise einem Manne zu, der nichts thut, um sie sich zu erwerben, denn könnte Jemand unbekümmerter, ja rücksichtsloser seinen Weg gehen, als Herr v. Vincke, dessen offen zur Schau getragene aristokratische Gesinnungen noch dazu in vielen Punkten den Gesinnungen der Masse keineswegs entsprechen. Die Volksbeliebtheit, die er sich trotzdem erworben, ist um so ehrenvoller für ihn, denn er hat nicht um sie gebuhlt, er verdankt sie seinem unbeugsamen Muth in Vertheidigung des Rechtes, der unerschütterlichen Festigkeit seiner Gesinnung, ebenso wie seinem glänzenden Talent; es ist aber auch ein schönes Zeugniß für das Volk, das den stolzen und kräftigen Charakter eines Mannes zu schätzen weiß, der sich wenig darum bekümmert, ob seine Ansichten und Reden mit den Lieblingsideen der öffentlichen Meinung harmoniren oder nicht.

Die Wahl der Finanzdeputation hat, soviel wir wissen, viel weniger Bedenklichkeit erregt, als die der Ausschüsse, da sie nach den unzweideutigen Erklärungen des Gouvernements nur die Staatsschuldenverwaltung controlliren, keines-

wegs aber die Zustimmung zu Anlehen in Vertretung des vereinigten Landtags ertheilen soll. Die Frage über die Contrahirung von Kriegsanlehen ist freilich unerledigt, da die beiden Curien sich über keinen dahinzielenden Antrag an die Krone vereinigen konnten, die Staatsschuldendeputation berührt aber nach der eben erwähnten Erklärung der Regierung die Angelegenheit in keiner Weise mehr, und die Wahl derselben beschränkt daher nicht im Mindesten diesen Rechtsanspruch der Stände.

D.

## IV.

## Aus Wien.

Die ständische Bewegung. — Öffentliche Meinung. — Die Presse. — Preußen und Oesterreich. — Graf Montecuculi.

Es muß als ein Zeichen der Zeit betrachtet werden, daß jetzt aus allen österreichischen Provinzen die Symptome ständischer Electricität sich kund geben. Wir erinnern uns seit Menschengedenken nicht von der ständischen Versammlung in Mähren, Steiermark, Kärnthn je etwas in öffentlichen Blättern gelesen zu haben, etwa mit Ausnahme der Beschreibung des monotonen Ceremoniells bei Eröffnung des Postulatenlandtags. Zum Erstenmale in diesem Jahre lasen wir eine Notiz aus Brünn, aus Klagenfurt in der Allgemeinen Zeitung, dürftig und kaum andeutend, wie es die Verhältnisse dieses Blattes nicht anders erlauben, aber doch eine Notiz. Und im Grunde ist ein Symptom auch nicht mehr werth als eine Notiz. Eigentliche Bedeutung haben bisher blos die Lebensäußerungen der Wiener und Prager landständischen Versammlungen. Nicht etwa, daß die Beschlüsse dieser Versammlungen Aussicht haben, einen directen Einfluß auf die Legislation zu üben, aber die öffentliche Meinung wird dadurch angeregt, ermunthigt, productiv. Wir verstehen darunter nicht etwa die öffentliche Meinung, die in den Kaffeehäusern, auf der Börse ihre Arena hat, sondern was weit wichtiger ist, die öffentliche Meinung in den höchsten Kreisen, der Bureaukratie, des Hofes, ja der kaiserlichen Familienmitglieder selbst. Wenn Männer, wie Fürst Lamberg, Graf Colloredo, wie die Grafen Kottiz, Thun und so viele Andere, die den ersten Familien des Staates angehören, die durch Reichthümer und ausgedehnten Grundbesitz eigentlich conservativ sein müßten, da bei etwaigen Reformen sie zuerst getroffen würden, (so z. B. ist der Fürst Schwarzenberg durch die Reform eines Theils der Grundsteuereinerhebung in Böhmen, welche die Stände zu Gunsten der Musikalbesitzer selbst einführten, jährlich um 26,000 Fl. C. M. mehr besteuert worden und hat diese Last de bono coar angenommen) wenn Männer dieser Art gegen die unselige Stabilität und Versumpfung unserer Staatszustände sich erheben, dann kann man nicht mehr die Ausrede geltend machen, welche die Polizei bisher gegen die „Grenzboten“, gegen Andriani, gegen Schuselka's und andere Oppositionsschriften aufstichte, daß diese Opposition blos von Menschen ausgehe, die nichts zu verlieren haben, von unruhigen Köpfen, böswilligen Verleumdern (böswillig ist namentlich ein Lieblingsausdruck unserer Polizeihofstelle), man muß sich vielmehr fragen, was wollen alle diese Männer, woher ihr Unbehagen, ihre Unzufriedenheit? Wie kommt es, daß sie auf Entwicklung der Presse,

auf freieres Gemeinwesen, auf Deffentlichkeit und dergleichen antifeudale Zustände antragen? Es muß also doch nicht das bloße Hirngespinnst einiger in's „Ausland“ geflüchteten Literaten sein, die von der Moroseheit unserer Zustände, von der Gefahr, die Oesterreich bedroht, sprechen. Es muß also in der That ein neues System, ein frischeres, der Zeit angemesseneres Verfahren nothwendig sein. Man erzählt sich hier, daß der König von Preußen vor Kurzem gegen sein Ministerium sich beklagt habe, daß man ihn bisher in dem Glauben erhielt, es sei bloß die schlechte Presse, welche gegen die Bureaukratie zu Felde ziehe, während die Mehrheit auf dem Landtage in beiden Curien beweise, daß mehr als die Hälfte der Nation in dieser Kritik des Regierungsprinzips einstimme. Bei uns in Oesterreich kann das erlauchte Kaiserhaus zu dieser Ueberzeugung noch nicht kommen, denn wir haben keine schlechte Presse, sondern bloß eine elende, wir haben keinen Landtag, sondern bloß landständische Privatversammlungen, wir haben keine Organe, durch welche der Monarch die Stimme seiner Völker hört (mit Ausnahme etwa Ungarns, das eine ganz exzeptionelle Stelle hat.) Wie können wir die Wünsche der Nation an den Stufen des Thrones niederlegen? Diese Frage wird die erste sein, mit welcher die Krone sich beschäftigen muß, sobald sie sich überhaupt überzeugt haben wird, daß diese Stimme zu hören ein nothwendiges Gesetz der Selbsterhaltung ist, und deshalb ist die Wirksamkeit der Stände, auch ohne Einwirkung auf die Legislation, und trotz aller mittelalterlichen, einseitigen, unzureichenden Elemente, aus denen sie bestehen, hoch zu bewillkommen.

Ein kleiner charakteristischer Zug über den neuen Geist unserer ständischen Corporation ist folgender. Lesthin bei dem Begräbniß des Erzherzogs Karl versammelten sich die verschiedenen Staatskörper in der Burg in großer Galla, um der Leiche zu folgen. Jeder Corporation war ein besonderer Platz angewiesen. Der erste Platz nächst der kaiserlichen Familie war den Ministern und geheimen Rätthen, der zweite der Generalität, der dritte den Landständen und dem Magistrat u. s. w. angewiesen. Als nun die österreichischen Landstände unter ihrem Präses dem Grafen Montecuculi in den Saal traten und der im voraus bestimmte Platz ihnen angewiesen wurde, antwortete Graf Montecuculi: „die Landstände sind die nächsten Beiräthe der Krone und sie nehmen daher auch den ihnen gebührenden Platz in Anspruch;“ und mit diesen Worten schritt er gefolgt von den Landständen vorwärts und stellte sich in die Mitte der geheimen Rätthe — die befanntlich bei uns ganz was anders zu bedeuten haben, als in Preußen, wo dies ein leerer Titel ist. Es ist vielleicht kleinlich, einen solchen Zug zu erzählen, aber — er charakterisirt.

○



Wiederholt bitten wir unsere Herren Correspondenten (mit Ausnahme jener, denen wir besondere Adressen angaben) Briefe und Packete unter der Adresse des Redacteurs oder der Verlags-handlung **nach Leipzig** zu adressiren.

Verlag von **Fr. Ludw. Herbig**. — Redacteur: **J. Kuranda**.  
Druck von Friedrich Andrá.





X

Fov